



KOALITION FÜR

Konzern-  
verantwortung

# Jahres- rückblick

2022



Vorwort	01
Konzernverantwortung in Europa und der Schweiz	02
Weitere Aktivitäten 2022	06
Aktuelle Skandale	08
Koalition	11
Mitgliedorganisationen	
Vorstand	
Geschäftsstelle	
Finanzen	14
Aufwand	
Zusammensetzung Spenden	
Ausblick 2023	16

## UNSERE BEWEGUNG BLEIBT STARK

Am 1. Dezember 2022 übergaben wir Bundesrat und Parlament 217'509 Unterschriften für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz, die wir gemeinsam in nur 100 Tagen gesammelt haben. Dieses eindrückliche Signal war nur möglich dank tausenden Unterstützer:innen wie Ihnen, die auf der Strasse oder in ihrem Umfeld Unterschriften sammelten.

Unsere Petition ist damit eine der eindrücklichsten, die in der Schweiz je gesammelt wurden. Sie zeigt klar: Die Bevölkerung will auch zwei Jahre nach der Abstimmung, dass Konzerne wie Glencore dafür geradestehen müssen, wenn sie Flüsse vergiften oder ganze Landstriche zerstören.

Jetzt müssen wir sicherstellen, dass unsere Petition nicht auf die lange Bank geschoben wird, sondern unter der Bundeshauskuppel endlich die Arbeit wieder startet. Rund um die Schweiz geht es nämlich vorwärts: So präsentierte die EU-Kommission im Februar 2022 ein umfassendes Gesetz, das in einigen Punkten weiter geht als unsere Initiative vor zwei Jahren.

Vielen Dank, dass wir auch im kommenden Jahr auf Ihre Unterstützung zählen dürfen.



**Rahel Ruch, Seraina Patzen & Oliver Heimgartner**  
Geschäftsleitung Koalition für Konzernverantwortung

# KONZERN- VERANTWORTUNG IN EUROPA UND DER SCHWEIZ

## EU-weites Konzernverantwortungsgesetz auf Kurs

Im Februar 2022 präsentierte die EU-Kommission ein umfassendes Konzernverantwortungsgesetz.

Das EU-Gesetz geht in einigen Punkten weiter, als die Konzernverantwortungsinitiative, die 2020 in der Schweiz zur Abstimmung kam. So gibt es neben Sorgfaltsprüfungspflichten gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung für EU-Konzerne nun auch explizite Bestimmungen zum Klimaschutz. Wie das auch die Konzernverantwortungsinitiative vorsah, sollen Betroffene mit dem EU-Gesetz zudem die Möglichkeit erhalten, Schadenersatz zu fordern, wenn ein

Konzern Schäden verursacht. Neu dazu kommt in der EU nun aber auch eine Aufsichtsbehörde, die die Konzerne proaktiv überprüfen und bei Verstössen büssen soll.

Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Gesetz muss noch vom Rat der EU und dem EU-Parlament verabschiedet werden. Das EU-Parlament hat bereits im März 2021 eine umfangreiche Resolution verabschiedet, die über die jetzige Vorlage hinausgeht: Es ist also davon auszugehen, dass das Parlament noch Verschärfungen am Vorschlag der EU-Kommission fordern wird. Der Rat der EU hat im Dezember 2022 seine Grundsatz-Position beschlossen und unterstützt das

		KONZERN- VERANTWORTUNGS- INITIATIVE	ALIBI- GEGENVORSCHLAG (in der Schweiz seit 1.1.2022 in Kraft)	GEPLANTES EU-GESETZ
<b>Sorgfalts- prüfungs- pflicht</b>	Menschenrechte	✓	x (nur für Kinderarbeit + Konfliktmineralien)	✓
	Umweltstandards	✓	x	✓
<b>Aufsicht</b>	Aufsichtsbehörde mit Sanktionskompetenz	x	x	✓
<b>Haftung</b>	... für Tochterfirmen im Ausland	✓	x	✓
	... für Zulieferer	x	x	✓

Konzernverantwortungsgesetz mit gewissen Änderungen. Mit der endgültigen Verabschiedung der EU-Regulierung wird 2023 gerechnet.

Zusätzlich wird auch seit mehreren Jahren auf UNO-Ebene über ein Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten diskutiert. Die Schweiz nimmt aber nicht mal an den Verhandlungen teil, da sie kein Verhandlungsmandat beschlossen hat. Die AG UN-Treaty der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz verfolgt und kommentiert die Entwicklungen zusammen mit der Koalition für Konzernverantwortung.

## Versprechen müssen eingehalten werden

Die Gegner:innen der Konzernverantwortungsinitiative – allen voran Bundesrätin Keller-Sutter – bekämpften die Initiative im Abstimmungskampf mit der Behauptung, dass sie «international einzigartige Haftungsbestimmungen» vorsehe. Und sie versprachen, sich für «gleich lange Spiesse» für Konzerne in der Schweiz und der EU einzusetzen und bei diesem Thema «international abgestimmt» vorgehen zu wollen.

Bereits vor der Abstimmung waren diese Aussagen mehr als fragwürdig: In Frankreich gibt es seit 2017 ein Konzernverantwortungsgesetz, in Grossbritannien haben Gerichte bereits die Verantwortung von Konzernen für Schäden im Ausland bestätigt und in Deutschland und Norwegen liefern

Gesetzgebungsprozesse, die kurz nach der Abstimmung in der Schweiz abgeschlossen wurden.

Nun, mit dem EU-Gesetz, gibt es aber definitiv keine Ausreden mehr: Unternimmt die Politik nichts, ist die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung. Wer 2020 versprach, «international abgestimmt» vorgehen zu wollen, muss jetzt mithelfen, ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz einzuführen.

## 217'509 Unterschriften

Damit die internationale Entwicklung im Bereich Konzernverantwortung in der Schweiz überhaupt wahrgenommen wird und der Bundesrat das Thema nicht einfach unter den Teppich kehren kann, beschlossen wir, eine eindruckliche Petition zu lancieren. Indem wir in nur 100 Tagen 100'000 Unterschriften sammeln, wollten wir Bundesrat und Parlament an ihre Versprechen aus dem Abstimmungskampf erinnern und dafür sorgen, dass auch die Schweiz ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz einführt.





Die Beteiligung war gewaltig: Über tausend Freiwillige sammelten an schweizweit rund 500 Standaktionen Unterschriften für unsere Petition. Im ganzen Land verteilten Engagierte über 600'000 Petitions-Briefe in die Briefkästen. Und tausende von Unterstützer:innen sammelten in ihrem Umfeld Unterschriften und ermöglichten damit, dass wir unser ursprüngliches Sammelziel weit übertrafen. Am 1. Dezember 2022 konnten wir in Bern 217'509 Unterschriften einreichen – und damit eine der eindrucklichsten Petitionen aller Zeiten.



**Sammelaktionen im ganzen Land**

In der 100-tägigen Sammelphase zwischen dem 20. August und dem 27. November fanden schweizweit rund 500 Standaktionen statt, an denen Unterstützer:innen in allen Landesteilen Unterschriften für die Petition sammelten.



Bilder von Flurin Bertschinger



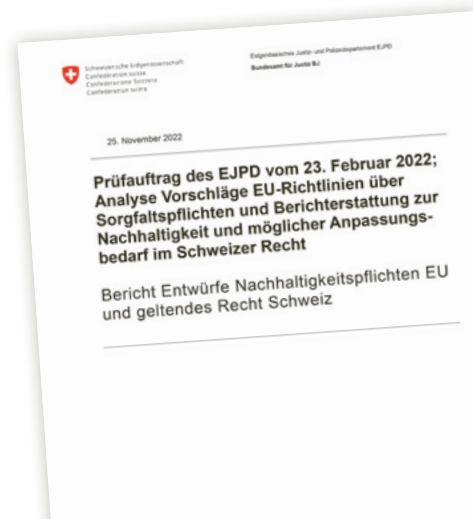
**Bundesrat bleibt untätig**

Am 2. Dezember, ein Tag nach der Einreichung unserer Petition, veröffentlichte der Bundesrat einen Bericht zum Thema Konzernverantwortung, den er schon länger angekündigt hatte. Der Bericht kommt zum Schluss, dass der Unterschied des geplanten EU-Gesetzes zur aktuellen Gesetzgebung in der Schweiz (Alibi-Gegenvorschlag) «erheblich» ist. Das scheint den Bundesrat aber nicht zu kümmern. Statt einen Gesetzgebungsprozess zu starten, beschloss der Bundesrat nämlich, bis Ende 2023 nochmals einen zusätzlichen Bericht zu verfassen – eine klassische Verzögerungstaktik!

Das Vorgehen ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich für die Unterschriftensammlung unserer Petition engagiert haben. Deshalb muss nun das Parlament das Heft in die Hand nehmen und den Bundesrat zum Handeln bringen. Unsere Petition wird in den nächsten Monaten in einer zuständigen Parlamentskommission traktandiert. Das bietet den National- und Ständerät:innen die Gelegenheit, aktiv zu werden. Wir werden ihnen dabei auf die Finger schauen und sie im Wahljahr an die starke Bewegung aus der Bevölkerung erinnern.

**Empörender Bundesratsbericht**

Nur ein Tag nach der Einreichung unserer rekordträchtigen Petition veröffentlichte der Bundesrat diesen Bericht. Doch obwohl der Unterschied zur EU-Gesetzgebung «erheblich» sei, verzögert der Bundesrat ein Gesetz in der Schweiz weiter.



# WEITERE AKTIVITÄTEN 2022

## Veranstaltungsreihe zu Glencores schmutzigem Kohlegeschäft

Während auf politischer Ebene um den Kohleausstieg gerungen wird, macht der Schweizer Konzern Glencore Milliardengewinne mit dem klimaschädlichen Rohstoff. Beispielweise in Kolumbien, wo Glencore seine Investition in die Kohlemine El Cerrejón massiv ausgebaut hat.

An einer gut besuchten Veranstaltungsreihe Ende April / Anfang Mai 2022 konnten wir in sechs Städten in der Deutschschweiz und der Romandie mit der kolumbianischen Anwältin Rosa María Mateus Parra und Samuel Arregoces, einem Vertreter aus der betroffenen Region La Guajira, über ihren jahrzehntelangen Kampf gegen die Glencore-Kohlemine sprechen. Die Expertinnen Silvia Steininger und Isolda Agazzi stellten am Beispiel der aktuellen Glencore-Klage gegen den kolumbianischen Staat zudem vor, wie Investitionsschutzabkommen die Machtverhältnisse zugunsten der internationalen Grosskonzerne zementieren.

## Vernehmlassungsantwort Investitionsschutzabkommen Indonesien

Ende September 2022 nahmen wir im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens Stellung zum geplanten

Investitionsschutzabkommen zwischen der Schweiz und Indonesien.

Was ursprünglich als Instrument gegen willkürliches staatliches Handeln gegenüber Schweizer Unternehmen in instabilen Ländern geplant war, wird heute von Konzernen wie Glencore dazu missbraucht, ihre Profit-Interessen durchzusetzen. Dank der Abkommen können Konzerne Staaten auf Schadenersatz verklagen, wenn sie mit einem neuen Gesetz oder einem Gerichtsurteil nicht einverstanden sind.

Eines der aktuellsten Beispiele ist die 2021 eingereichte Klage von Glencore gegen den kolumbianischen Staat. Der Konzern nutzt dieses Instrument, weil er ein Urteil des kolumbianischen Verfassungsgerichts nicht akzeptiert: Dieses stoppte den Ausbau der umstrittenen Kohlemine El Cerrejón, weil dieser die Wasserversorgung der lokalen Gemeinschaften gefährdet hätte.

Das geplante, neue Investitionsschutzabkommen mit Indonesien soll gemäss Bund das erste Abkommen einer neuen Generation sein und hat damit Modellcharakter. Deshalb schauten wir genau hin und sahen: Auch dieser neue Vertrag würde solche missbräuchliche Klagen nicht ausschliessen. Wir fordern



deshalb, dass im Abkommen die Pflichten zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt für die Konzerne verbindlich festgehalten werden und Klagen gegen die Durchsetzung solcher Standards nicht zulässig sind.

## Bewegung im Parlament

Während jeder Session der eidgenössischen Räte führen wir einen Anlass mit dem parlamentarischen Netzwerk «Unternehmen und Menschenrechte» durch. Dieses bezeichnet den informellen Austausch einiger National- und Ständerät:innen von Mitte, EVP, GLP, Grünen und SP, die das Thema Konzernverantwortung zurzeit im Parlament näher verfolgen. An den Anlässen informieren wir die Parlamentarier:innen über aktuelle Entwicklungen und diskutieren mögliche Ansatzpunkte im Parlament.

Im Herbst stimmten die Rechtskommissionen beider Räte der parlamentarischen Initiative Gredig «Bekämpfung von Zwangsarbeit durch die Ausweitung der Sorgfaltspflicht» zu. Diese will den Alibi-Gegenvorschlag mit einer Sorgfaltsprüfungspflicht gegen Zwangsarbeit ergänzen. Gegenüber der Öffentlichkeit hielten die Kommissionen explizit fest, dass dabei nicht nur das Thema Zwangsarbeit sondern die ganze europäische Entwicklung im Bereich Konzernverantwortung berücksichtigt werden sollte.

Das ist wichtig: Statt am untauglichen Gegenvorschlag weiterzubasteln, muss die Kommission die Chance nutzen, um ein richtiges Konzernverantwortungsgesetz nach internationalem Vorbild zu entwickeln.

# UBS FINANZIERT PROBLEMATISCHE AGRARKONZERNE IM AMAZONAS



© Nilmar Lage / Greenpeace

dass die Grossbank UBS zwei brasilianische Agrarkonzerne mit Geld versorgte, obwohl diese in zahlreiche Fälle von illegaler Abholzung verwickelt sind.

Die beiden Agrarkonzerne BrasilAgro und Marfrig produzieren im grossen Stil Soja und Rindfleisch. Satellitenbilder zeigen nun, dass sie und ihre Zulieferer in den letzten Jahren mindestens 1'500 km<sup>2</sup> wertvolle Wälder illegal gerodet haben und die Rechte von Indigenen verletzt. Damit nicht genug: Einige Zulieferer von Marfrig fungierten in den letzten Jahren wiederholt auf der Liste von Betrieben mit sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen, die vom brasilianischen Arbeitsministerium publiziert wird.

Die Konzernlobby behauptet immer wieder, dass es gar kein Konzernverantwortungsgesetz brauche, weil auch «Selbstregulierung» der Konzerne ausreiche. Der aktuelle UBS-Skandal zeigt aber eindeutig, dass das leere Versprechen sind: So hat die UBS nur wenige Tage vor dem ersten Finanzierungs-Deal mit dem Soja-Konzern BrasilAgro ihre eigenen Nachhaltigkeitsrichtlinien abgeschwächt – mutmasslich weil diese das Geschäft sonst nicht erlaubt hätten.

Eine Recherche unserer Mitgliedorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker, über welche die Sonntagszeitung berichtete, zeigt Ende September 2022,

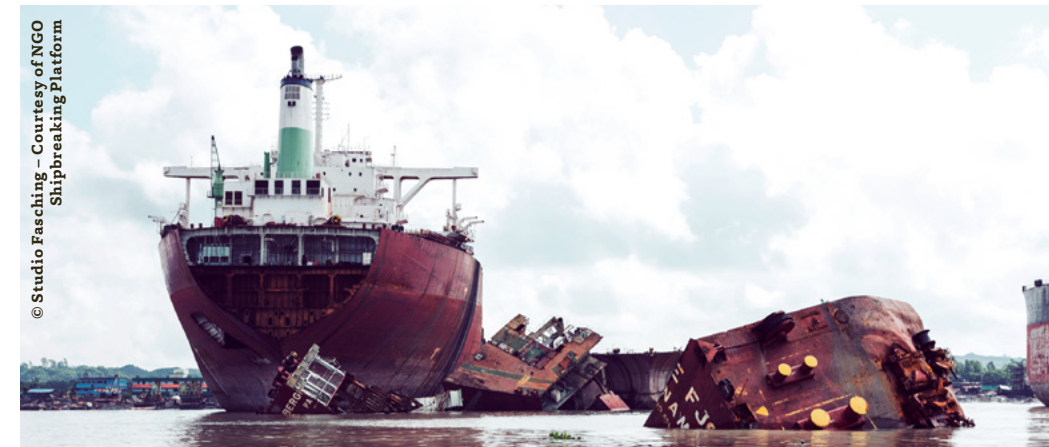
# MSC-SCHIFFE UNTER KATASTROPHALEN UMSTÄNDEN VERSCHROTTET

Die Mediterranean Shipping Company – kurz MSC – ist das grösste Containerschiffunternehmen der Welt und hat ihren Sitz in Genf. Der Umsatz des Konzerns wird auf weit über 20 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Das lukrative Geschäft ist aber nicht nur enorm klimaschädlich, der Konzern lässt seine Schiffe auch unter katastrophalen Umständen an Stränden in Indien und Bangladesch verschrotten, um seinen Profit zu steigern.

Mit blossen Händen zerlegen die Arbeiter die Frachtschiffe, regelmässig kommt es zu Todesfällen bei Abstürzen, Explosionen und Bränden oder wenn Arbeiter im Schiffsinnern ersticken. Beim sogenannten «Abwracken» an den Stränden gelangen auch hochgiftige Stoffe wie Asbest, Schwermetalle und Schweröl direkt ins Meer. Da häufig

keine Schutzkleidung vorhanden ist, leiden die Arbeiter unter schweren gesundheitlichen Folgen.

Seit 2009 sind gemäss der internationalen Organisation «NGO Shipbreaking Platform» 80 Schiffe von MSC an den Stränden von Alang (Indien) und Chittagong (Bangladesch) abgewrackt worden. Dem Konzern scheinen die Probleme vor Ort durchaus bekannt zu sein: So versuchte er die Verschrottung der eigenen Schiffe zu verschleiern, indem beispielsweise die MSC Georgia mit übermaltem Logo oder die MSC Mirella unter anderem Namen in Alang abgewrackt wurden. Für MSC ist der Verkauf der alten Schiffe an dubiose Abwrackwerften ein lukratives Geschäft, der Konzern dürfte damit bereits über 100 Millionen US-Dollar verdient haben.



© Studio Fasching – Courtesy of NGO Shipbreaking Platform

# GEWALT RUND UM SOLWAYS NICKELMINE IN GUATEMALA

Die indigene Maya Q'eqchi'-Bevölkerung wehrt sich seit Jahren gegen die Umweltverschmutzung durch die Fénix-Nickelmine und -Verarbeitungsanlage und die damit einhergehende Bedrohung ihrer Lebensgrundlage in El Estor in Guatemala. Die Mine liegt direkt am Izabal-See, dem grössten See Guatemalas und gehört dem schweizer-russischen Konzern Solway mit Sitz in Zug. Im Jahr 2017 kam es z.B. zu einer Protestwelle, weil sich der Izabal-See plötzlich rot verfärbte und zahlreiche Fische und andere Tiere starben. Solway hat stets vehement abgestritten, für die Umweltverschmutzungen im Umfeld der Mine Fénix verantwortlich zu sein. Recherchen des internationalen Journalist:innennetzwerks Forbiden Stories haben im März 2022 aber

aufgezeigt, dass der Konzern über die Verschmutzung durch die Mine Bescheid wusste und alles tat, um diese zu verheimlichen.

So habe Solway «Schlüsselakteure» geschmiert und der Nationalpolizei von Guatemala, die immer wieder äusserst brutal gegen Protestierende vorgegangen ist, grosse «Spenden» zukommen lassen. Es soll zudem überlegt worden sein, die Proteste gegen die Mine zu zerschlagen, indem Gerüchte über angebliche HIV-Infektionen der lokalen Anführer gestreut oder Felder in Brand gesteckt werden sollten. Ein Journalist, der über die Proteste der lokalen Bevölkerung berichtete und Solway kritisierte, wurde vom Konzern überwacht.



© Forbiden Stories

# DIE KOALITION

Über 80 zivilgesellschaftliche Organisationen sind Mitglied beim Verein «Koalition für Konzernverantwortung». Sie leisten einen jährlichen Mitgliederbeitrag, wählen den Vereinsvorstand und arbeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen der Koalition mit.

Der Vereinsvorstand besteht zur Hälfte aus Vertreter:innen der Mitgliedorganisationen und zur Hälfte aus unabhängigen Persönlichkeiten. Der Vorstand trifft sich vierteljährlich gemeinsam mit der Geschäftsleitung des Vereins zu einer Sitzung.

Auf der Geschäftsstelle der Koalition für Konzernverantwortung arbeitet ein kleines Team, das die Kampagne vorantreibt. Die Geschäftsstelle wird von der Geschäftsleiterin Rahel Ruch (Politik) und den Geschäftsleitungsmitgliedern Seraina Patzen (Recherche & Finanzen) und Oliver Heimgartner (Kommunikation) geleitet.

# ÜBER 80 MITGLIED- ORGANISATIONEN





# VEREINSVORSTAND



**Dick Marty**  
Alt Ständerat FDP



**Dominique de Buman**  
Alt Nationalrat Die Mitte



**Chantal Peyer**  
HEKS



**Dietrich Pestalozzi**  
Unternehmer



**Annina Aeberli**  
Bruno Manser Fonds



**Isabelle Bamert**  
Kommunikations- und  
Kampagnenexpertin



**Sylvia Valentin**  
terre des hommes  
schweiz



**Laurent Matile**  
Alliance Sud

# GESCHÄFTSSTELLE



**Rahel Ruch**  
Geschäftsleiterin



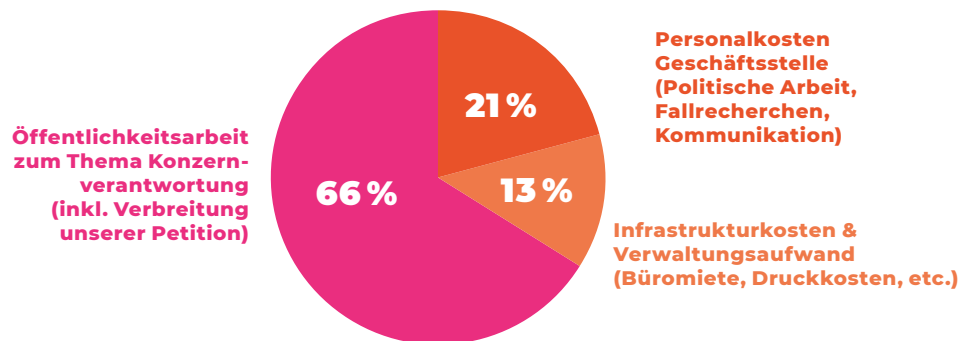
**Oliver Heimgartner**  
Leiter  
Kommunikation



**Seraina Patzen**  
Leiterin  
Recherche & Finanzen



## AUFWAND



Wie in der politischen Arbeit üblich, entfällt rund ein Viertel der Ausgaben auf Personalkosten. Das ist wichtig, um auf der Geschäftsstelle genügend Ressourcen und das nötige Know-How für die politische Arbeit und die Kommunikation zu haben und damit die Koalition für Konzernverantwortung nicht vom Einkauf teurer Agenturleistungen abhängig ist. 66% der Ausgaben wurden 2022 für klassische Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Konzernverantwortung verwendet, also für Informationsveranstaltungen, Versände, Plakate und Informationen im Internet.

### Der Konzernlobby keinen Informationsvorsprung geben

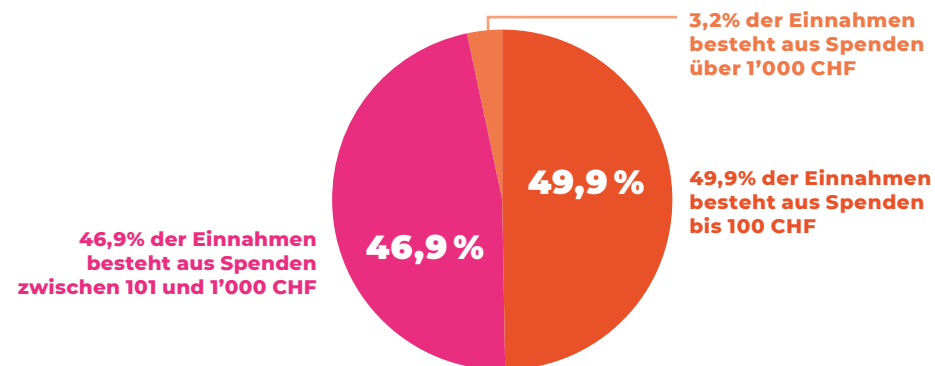
Die Koalition für Konzernverantwortung steht neben Verantwortung auch für grösstmögliche Transparenz. Aus taktischen Überlegungen haben wir aber bereits im Abstimmungskampf kein Kampagnenbudget veröffentlicht. Der Grund dafür war, dass auch die Konzernlobby, die deutlich mehr Mittel zur Verfügung hat, ihr Budget nicht veröffentlichte. Wenn nur die eine Seite in einem Abstimmungskampf ihre Mittel transparent macht,

führt das zu ungleichen Spiessen und die Kräfteverhältnisse werden in der öffentlichen Wahrnehmung verzerrt. Solange es keine Regeln gibt, die alle Seiten gleichermaßen in die Pflicht nehmen, wird unsere Koalition auch in Zukunft keine detaillierten Informationen zum Budget veröffentlichen. Aus unserer Sicht wäre es nicht klug, der Konzernlobby einen Informationsvorsprung darüber zu geben, wie stark unsere Bewegung ist.

## EINNAHMEN

Die Koalition für Konzernverantwortung finanziert sich ausschliesslich durch Beiträge der Mitgliedorganisationen und Spenden von Privatpersonen. Mitgliedorganisationen zahlen je nach Grösse zwischen 50 und 6'000 Franken pro Jahr. Ohne die grosszügige Unterstützung von Privatpersonen wäre es entsprechend unmöglich, unsere Kampagne in dieser Form weiterzuführen.

### Zusammensetzung der Spendeneinnahmen



Die obenstehende Grafik zeigt, dass der Grossteil der Spenden an die Koalition für Konzernverantwortung von Einzelpersonen stammt und nur sehr wenig Grossspenden über 1'000 CHF vorliegen. Die höchste Spende betrug 10'000 CHF.

Die Koalition von Konzernverantwortung erhielt 2022 zudem ein grosszügiges Legat in der Höhe von 207'000 CHF, welches in der obenstehenden Grafik nicht miteinbezogen ist. Praktisch die gesamte finanzielle Unterstützung stammt aus der Schweiz, nur 2'957 CHF wurden aus dem Ausland gesendet.

## REVISION

Unsere Rechnung wird von einer unabhängigen Revisionsstelle (Treuhand Lehmann AG) geprüft und zusammen mit dem Budget unseren Mitgliedorganisationen an der jährlichen Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

# AUSBLICK AUFS NÄCHSTE JAHR

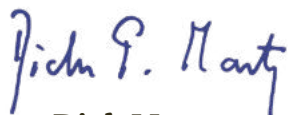
Unsere riesige Petition wird 2023 im Parlament diskutiert. Nachdem der Bundesrat im Dezember 2022 bereits beschlossen hat, das Thema auf die lange Bank zu schieben, muss jetzt das Parlament aktiv werden.

Für uns ist klar: Wir werden nicht zulassen, dass die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung ist.

Bleibt die Politik untätig, müssen wir uns ernsthaft mit einer neuen nationalen Initiative oder auch kantonalen Regulierungen beschäftigen.

2023 ist zudem ein wichtiges Wahljahr: Im Oktober werden National- und Ständerat neu gewählt, im Dezember der Gesamtbundesrat. Diese Wahlen sind ein entscheidender Faktor dafür, ob die Schweiz ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz beschliesst oder nicht.

Bereits jetzt ist darum klar, dass auch 2023 viel auf uns zukommt und wir weiterhin darauf angewiesen sind, von so einer breiten Bewegung getragen zu werden. Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



**Dick Marty**

Vorstandsmitglied Koalition  
für Konzernverantwortung



**Chantal Peyer**

Vorstandsmitglied Koalition  
für Konzernverantwortung

## IMPRESSUM

### **Koalition für Konzernverantwortung**

Monbijoustr. 31  
Postfach  
3001 Bern

info@konzernverantwortung.ch  
www.konzernverantwortung.ch  
031 390 93 36

# UNSERE ARBEIT KANN 2023 NUR WEITERGEHEN, WENN AUCH SIE WIEDER ETWAS BEITRAGEN.

Vielen Dank für Ihre Spende mit dem beiliegenden  
Einzahlungsschein oder direkt hier mit TWINT:

**Jetzt mit TWINT  
spenden!**



QR-Code mit der  
TWINT App scannen



Betrag und Spende  
bestätigen

